

**BVE** 25 2015.RRGR.802

Rückweisungsantrag und Planungserklärungen


## Version 2

16. November 2015 / 13.30 Uhr / AO

**Kanton Bern, Energiestrategie 2006; Bericht zum Stand der Umsetzung und zur Wirkung der Massnahmen 2011-2014 sowie neue Massnahmen 2015-2018**



SVP (Fischer)	Rückweisungsantrag	Rückweisung des Berichtes an die Regierung mit den folgenden Auflagen <ul style="list-style-type: none"><li>- Aufnahme der Versorgungssicherheit mit Energie als Dauerauftrag</li><li>- Verzicht auf neue Bereichsziele mit neuen kantonalen Massnahmen in Bereichen, die in der Zuständigkeit des Bundes liegen</li><li>- Verzicht auf neue Massnahmen zur Umsetzung der MuKE 2014</li></ul>
SVP (Fischer)	Planungserklärung 1	Wenn die Rückweisung keine Mehrheit im Grosse Rat findet, gilt die Auflage zur Rückweisung als Planungserklärung für den Bericht.

BDP (Leuenberger) FDP (Haas)	Planungserklärung 2	Der Regierungsrat berücksichtigt bei der Umsetzung der Strategie, dass bereits mit der Energiegesetzrevision 2012 ein schweizweit fortschrittliches Gesetz erlassen worden ist. Er nimmt Rücksicht auf den kantonalen Finanzhaushalt, die Bedürfnisse der Wirtschaft, der Hauseigentümer- und der Mieterschaft und stellt insbesondere sicher, dass Renovationen und Umbauten an bestehenden Gebäuden nicht unnötig erschwert oder massgeblich verteuert werden.
 Leuenberger (BDP)	Planungserklärung 3	Der Regierungsrat strebt bei der Umsetzung der Energiestrategie an, den Bau von privaten und öffentlichen Ladestationen für Elektromobilität zu begünstigen.
Leuenberger (BDP)	Planungserklärung 4	Der Regierungsrat schafft bei der Umsetzung der Energiestrategie Anreize zur energetischen Sanierung von Gebäuden durch die Einführung der steuerlichen Abzugsmöglichkeiten von Kosten der energetischen Sanierung (Art. 1 Abs. 1. lit. f der Verordnung über die Unterhalts-, Betriebs- und Verwaltungskosten von Grundstücken (VUBV)) über mehrere Jahre.
BDP (Etter)	Planungserklärung 5	Der Regierungsrat strebt bei der Umsetzung die längerfristige Kompensation der mutmasslichen Stromlücke nach der Abschaltung vom KKW Mühleberg mit einheimischer, erneuerbarer Energie an.
BDP (Etter)	Planungserklärung 6	Der Regierungsrat strebt bei der Umsetzung die Versorgungssicherheit aus einheimischer Stromproduktion an.
BDP (Etter)	Planungserklärung 7	Der Regierungsrat achtet bei der Umsetzung darauf, dass die Auswirkungen des Strompreiserfalls und der Marktöffnung auf die einheimische Stromproduktion – namentlich auf die Bergregionen, minimiert werden.

BDP (Etter)	Planungserklärung 8	Der Regierungsrat stimmt die kantonale Energiestrategie auf die Energiestrategie des Bundes ab.
Riem (BDP)	Planungserklärung 9	Der Regierungsrat strebt bei der Umsetzung der Energiestrategie das Wachstum der Elektromobilität im Kanton Bern an.
Luginbühl (BDP)	Planungserklärung 10	Der Regierungsrat stellt bei der Umsetzung der Strategie hinsichtlich dem Grossverbrauchermodell sicher, dass bei Neubauten weitere Befreiungstatbestände gem. Art. 42 KEnV möglich sind.
SP (Hofmann)	Planungserklärung 11	<b>Mobile Energienutzung:</b> Bei den zukünftigen Strassenbauprojekten sind nicht nur verkehrspolitische Aspekte einzubeziehen, sondern massgeblich auch solche aus der Energiestrategie.
SP (Hofmann)	Planungserklärung 12	<b>Mobile Energienutzung:</b> Ausdehnung des Mobilitätsmanagements über die kantonalen Institutionen hinaus, nach dem Vorbild der Stadt Bern, die auch grössere private Betriebe einbezogen hatte. Insbesondere müssten auch staatsnahe Unternehmungen wie die die BKW einbezogen werden.

